

Johannes Schaefer

Die Sprache der Populisten

Eine politikwissenschaftliche Sprachanalyse



Nomos

„Parteien und Wahlen“ – so der Titel der Reihe – sind zentral für die politische Willensbildung. Bei Wahlen entscheiden Bürgerinnen und Bürger darüber, wem sie die politische Führung anvertrauen. Wahl heißt allerdings immer: Herrschaft auf Zeit. Und Wahl heißt auch: Auswahl. Eine repräsentative Demokratie benötigt Parteien als Mittler zwischen der Bevölkerung und der Regierung. Diese dienen der politischen Führungsauslese, wollen politische Verantwortung übernehmen und sollen unterschiedliche Interessen artikulieren. Sie selbst sind dem Postulat der innerparteilichen Demokratie verpflichtet. Bei aller Kritik an ihnen: Eine demokratische Alternative zu ihnen gibt es nicht.

In dieser Reihe sollen Bücher mit einschlägigem Inhalt veröffentlicht werden: Monographien und Sammelbände. Dabei kann es sich um Themen handeln, denen grundlegende oder denen aktuelle Relevanz zukommt. Das Spektrum ist weit gespannt. Es reicht von Wahlanalysen über Studien zum Parteiensystem oder zu einzelnen Parteien. Auch die lange vernachlässigte Koalitionsforschung findet Berücksichtigung. Gleiches gilt für die Parlamentarismus- und die Wahlsystemforschung. Die Herausgeber wollen wichtige Analysen im Umkreis der Themen Parteien und Wahlen einer breiteren Öffentlichkeit vorstellen. Parteienkritik und alternative Partizipationsformen als Herausforderungen für die Parteiendemokratie gehören dazu. Möge dieses Themenspektrum auf Interesse bei einem größeren Leserkreis stoßen: bei interessierten Beobachtern der Politik, bei Multiplikatoren der politischen Bildung und bei der Wissenschaft.

Parteien und Wahlen

herausgegeben von

Prof. Dr. Eckhard Jesse, Technische Universität Chemnitz

Prof. Dr. Roland Sturm, Friedrich-Alexander-Universität

Erlangen-Nürnberg

Band 25

Johannes Schaefer

Die Sprache der Populisten

Eine politikwissenschaftliche Sprachanalyse



Nomos



Onlineversion
Nomos eLibrary

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

Zugl.: Chemnitz, Univ., Diss., 2021

ISBN 978-3-8487-7081-6 (Print)

ISBN 978-3-7489-2471-5 (ePDF)

1. Auflage 2021

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2021. Gesamtverantwortung für Druck und Herstellung bei der Nomos Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.

Danksagung

Dieses Buch basiert auf meiner Dissertation, die ich im Dezember 2020 an der Philosophischen Fakultät der TU Chemnitz eingereicht habe. Mein Dank gilt zunächst meinem Doktorvater Prof. Dr. Tom Mannewitz und dem Zweitbetreuer Prof. em. Dr. Eckhard Jesse für die wissenschaftliche Begleitung der Arbeit. Prof. Dr. Eric Linhart danke ich für das dritte Gutachten. PD Dr. habil. Isabelle-Christine Panreck hat mit zahlreichen fachlichen Ratschlägen einen wichtigen Beitrag geleistet. Im „Doktorandenkreis“ unterzogen viele „Kollegen“ das Projekt mehrfach einer kritischen Überprüfung. Der Hanns-Seidel-Stiftung e. V., die diese Arbeit großzügig mit einem Stipendium unterstützte, gebührt ein herzliches „Vergelt’s Gott“. Besonders hervorheben möchte ich dabei Hans-Peter Niedermeier, Isabel Küfer und das Promotionskolleg, das Quelle vieler Ideen und Anregungen war. Großer Dank gebührt meiner Frau Arabella, ohne sie hätte ich den aufreibenden Wechsel zwischen Höhen und Tiefen nicht geschafft. Auch meine Großeltern und meine Geschwister Lena, Clara und Benedikt dürfen in diesem Zusammenhang nicht unerwähnt bleiben: Danke. Meinen Eltern Iris und Thomas, die mich während der langen Jahre des Studiums immer unterstützt und mir Rückhalt gegeben haben, danke ich ganz besonders. Ihnen ist dieses Buch gewidmet.

Inhaltsverzeichnis

1	Einleitung	11
1.1	Gegenstand und Fragestellung	11
1.2	Forschungsstand	16
1.3	Aufbau	24
2	Populismus	27
3	Parteiensprache	33
3.1	Grundannahmen	33
3.2	Ebenen	37
3.3	Faktoren	43
4	Methodisches Vorgehen – Diskurslinguistik	45
4.1	Grundannahmen	45
4.2	DIMEAN	46
4.3	Analysemodell	49
4.3.1	Quantitative Informationen	49
4.3.2	Perspektive und Akteure	51
4.3.3	Themen und Bewertung	53
4.3.4	Argumentation	54
4.3.5	Analyseschritte	56
5	Untersuchungsaufbau	59
5.1	Vergleich	59
5.2	Fallauswahl	61
5.3	Korpus	63
5.4	Formale Charakteristika des Materials	65

6.	Kontext und Rahmenbedingungen	67
6.1	Historischer und politischer Kontext und Rahmenbedingungen	67
6.2	Spezifischer Kontext der Parteien	71
6.2.1	AfD – etablierte Kraft kommt in den Bundestag	71
6.2.2	Die Linke – rot-rot-grün oder Opposition?	73
6.2.3	CDU – Streit mit der Schwester und angeschlagene Vorsitzende	74
6.2.4	CSU – Machtkämpfe in München und Berlin	75
6.2.5	SPD – neue GroKo, ja oder nein? Jein!	76
6.2.6	FDP – Kampf um das Comeback	78
6.2.7	Bündnis 90/Die Grünen – endlich regieren?	79
7	Populistische Parteien	81
7.1	AfD	81
7.1.1	Positionierung und Akteure – die Alternative zur Oligarchie	81
7.1.2	Themen und Bewertung – Demokratie, Zuwanderung, Bevölkerungspolitik	86
7.1.3	Argumentation – Oligarchie beenden, Demokratie wiederherstellen	88
7.1.4	Zwischenfazit	90
7.2	Die Linke	91
7.2.1	Positionierung und Akteure – gegen die Rechten und die ganz große Koalition	91
7.2.2	Themen und Bewertung – Soziale Gerechtigkeit und Kapitalismus	95
7.2.3	Argumentation – für Menschen, gegen Sachen	98
7.2.4	Zwischenfazit	100
8	Nicht-populistische Parteien	101
8.1	CDU	101
8.1.1	Perspektive und Akteure – Partei der Mitte mit Merkel	101
8.1.2	Themen und Bewertung – Arbeit und Digitalisierung	106
8.1.3	Argumentation – Keine Experimente, CDU wählen	109
8.1.4	Zwischenfazit	110

8.2	CSU	110
8.2.1	Perspektive und Akteure – für Bayern, gegen links	110
8.2.2	Themen und Bewertung – Zuwanderung und Heimat	112
8.2.3	Argumentation – Klartext und klare Kante?	116
8.2.4	Zwischenfazit	117
8.3	SPD	118
8.3.1	Perspektive und Akteure – gegen rechts, aber für wen?	118
8.3.2	Themen und Bewertung – Gerechtigkeit als Hauptthema	121
8.3.3	Argumentation – Blässe und Gerechtigkeit als Plastikwort	123
8.3.4	Zwischenfazit	124
8.4	FDP	124
8.4.1	Perspektive und Akteure – Partei des Muts	124
8.4.2	Themen und Bewertung – Bildung, Digitalisierung, Europa	129
8.4.3	Argumentation – ohne die GroKo geht es besser	133
8.4.4	Zwischenfazit	134
8.5	Bündnis 90/Die Grünen	135
8.5.1	Perspektive und Akteure – Ansprache auf Augenhöhe	135
8.5.2	Themen und Bewertung – grün, grün, grün	140
8.5.3	Argumentation – gegen die schläfrige GroKo	143
8.5.4	Zwischenfazit	145
9	Sprachen der Parteien im Vergleich	146
9.1	Perspektive und Akteure	146
9.2	Themen und Bewertung	153
9.3	Argumentation	158
9.4	Zwischenfazit	161
10	Sprache der Populisten	167
10.1	Kollektivierung und Abwertung von Parteien	167
10.2	Aufspaltung des demos	169
10.3	Beschreibung einer beschädigten Demokratie	171
10.4	Zugespitzte Kernargumentation	171
10.5	Bessere Vergangenheit und Betrug am Volk	180

Inhaltsverzeichnis

10.6 „Klare“ Sprache	183
10.7 Ideologie schlägt Populismus	186
11 Potenzielle Spannungen zwischen Sprache der Populisten und Demokratie	192
11.1 Aufspaltung des <i>demos und populistische Demokratienotation</i>	192
11.2 Moralismus: Wer ist gut, wer ist böse?	196
11.3 Zwischenfazit	197
12 Schluss	198
12.1 Fazit	198
12.2 Offene Fragen	206
13 Quellen- und Literaturverzeichnis	209
13.1 Quellen	209
13.2 Literatur	209
14 Anhang	223

1 Einleitung

1.1 *Gegenstand und Fragestellung*

Als 2016 zuerst die Briten für den EU-Austritt und dann die Amerikaner für Donald Trump stimmten, schien die Stunde des Populismus gekommen. Beide Ereignisse erwischten die Öffentlichkeit „kalt“. Donald Trump galt vielen als aussichtsloser Kandidat und bei den Briten schien angesichts der wirtschaftlichen Interessenlage ein „leave“ irrational. Einige Beobachter sprachen später von einer populistischen Welle (vgl. Ultsch 2016), die 2016 über die Welt hereingebrochen sei. Dabei gleicht die öffentliche Debatte über Populismus oft dem Turmbau zu Babel nach der Sprachverwirrung: Als sprächen die Kommentatoren in unterschiedlichen Zungen wird aneinander vorbeigeredet, weil mit „Populismus“ oft unterschiedliche Dinge gemeint sind. Der Begriff ist vieldeutig, schwammig und dient unterschiedlichen Herren: Politiker verwenden ihn zur Diffamierung politischer Gegner; Journalisten zur Beschreibung demagogischer oder volksnaher Reden; Wissenschaftler zur Charakterisierung eines bestimmten Typus von Parteien und Politiker. Aber auch die Forschung selbst trägt nicht zur Klarheit bei und ist über eine genaue Definition und Benennung uneins (vgl. Moffitt 2020, S. 1). Zumindest in der öffentlichen Debatte herrscht aber Konsens über das Bedrohungspotenzial. Dabei werden immer wieder – mit Absicht oder aus Versehen – Phänomene vermischt. Die Grenzen zwischen Extremismus, Rechtsextremismus, Faschismus, Demagogismus, Anti-Elitismus und Populismus verschwimmen.

Eine Unterscheidung tut not! Denn die Annahme, Populismus könne die Demokratie schädigen, scheint nicht aus der Luft gegriffen. Prominente Beispiele wie Ungarn unter Viktor Orban und Venezuela unter Hugo Chavez zeigen: Populisten können schnell ins Autoritäre und Diktatorische abrutschen. Zugleich fordern sie eben nicht die Abschaffung der Demokratie, sondern sie gerieren sich oft als ihre Verteidiger. Unter populistischen Regierungen scheint die Demokratie eher schleichend zu leiden, als mit Pauken und Trompeten unterzugehen (vgl. Levitsky und Ziblatt 2018; Mounk 2018).

Ein Aspekt von Populismus ist seine Sprache. Ralf Dahrendorf verknüpft in seinen „Acht Anmerkungen zum Populismus“ (vgl. Dahrendorf 2003) in der ersten These „Populismus“ mit Rhetorik. Sprache gilt als Do-

mäne des Populismus und nicht wenige Populismusdefinitionen weisen auf einen populistischen Stil, populistische Stilmittel, einen populistischen Diskurs oder eine besondere Sprache des Populismus hin: „So neigen Populisten zu vereinfachender Sprache, mittels derer sie komplexe politische Fragestellungen auf die Verantwortlichkeit ‚Schuldiger‘ und den politischen Wettbewerb auf das Gegenüber von Freund und Feind reduzieren“ (Lewandowsky 2015, S. 122; vgl. auch Decker und Lewandowsky 2017, S. 24). Dahinter steht der Glaube an die manipulatorische Kraft von Sprache, wie sie auch bei Orwells Newspeak aus „1984“ dargestellt wird (vgl. Orwell 1984). Demzufolge sind Populisten besonders geschickt in der Verwendung von Sprache, sie wird in ihren Händen zur Waffe der Verführung. Die Sprache der Populisten erhält daher viel öffentliche Aufmerksamkeit, was sich auch in den Unwörtern des Jahres spiegelt, die zuletzt oft dem populistischen Vokabular entnommen waren. In der Begründung zum zweitplatzierten Unwort des Jahres 2019 – erstplatziert war „Klimahysterie“, zweitplatziert „Umvolkung“, drittplatziert „Ethikmauer“ – heißt es: „Der Ausdruck ‚Umvolkung‘ erhielt 2019 durch ein ZDF-Interview mit dem neuen AfD-Vorsitzenden Tino Chrupalla größere Aufmerksamkeit. Es handelt sich um einen Schlüsselbegriff einer rechtsextremen Verschwörungstheorie. Diese behauptet, dass es einen geheimen Plan (der sog. Eliten) gebe, die weiße Mehrheitsbevölkerung in Europa, Australien/Neuseeland und den USA durch (vornehmlich muslimische) Flüchtlinge und andere nicht-weiße Einwanderer auszutauschen. Sie ist fester Bestandteil der Ideologie der AfD und bildet die Grundlage für ein politisches Programm, das auf die kulturelle Homogenität der Bevölkerung zielt und zugewanderte Menschen insofern diskriminiert, als sie als gefährliche, sich schnell vermehrende „Austausch“-Masse dargestellt werden“ (Sprachkritische Aktion Unwort des Jahres 2019).

Tatsächlich ist Sprache die Arena des Politischen. Hier werden Wirklichkeiten hergestellt, Bedeutungen ausgehandelt, Begriffe geprägt. Werner Patzelt (1993, S. 34) spricht in Anlehnung an Weber und Habermas, von Durchsetzungs- und Verhinderungsmacht sowie Deutungsmacht. 1972 sinnierte der damalige CDU-Generalsekretär Kurt Biedenkopf beim Parteitag über die Rolle der Sprache in der Politik: „Sprache, liebe Freunde, ist nicht nur ein Mittel der Kommunikation. Wie die Auseinandersetzung mit der Linken zeigt, ist Sprache auch ein wichtiges Mittel der Strategie“ (CDU 1972). Sprache ist also nicht nur die Arena, in der Politiker für sich werben, sondern selbst Gegenstand der Auseinandersetzung. Der Kampf um Sprache wird geführt, weil diese eine „realitätskonstituierende Funktion“ hat (Niehr 2014b, S. 14), sie prägt die Wahrnehmung, Politisches Handeln

ist zwar nicht gleichbedeutend mit sprachlichem Handeln, beides beeinflusst einander aber (vgl. Girnth 2015, S. 1ff.). Sprache dient den politischen Akteuren mithin als Mittel, um Zustimmungsbereitschaft zu erzeugen, sie ist Ausdruck von Überzeugungen und beeinflusst diese (vgl. Girnth 2015, S. 5f.). Wie ein politischer Akteur mit Sprache umgeht, hängt von seinen Überzeugungen und Vorstellungen ab. Demzufolge sprechen Populisten anders als Nicht-Populisten und ihre Sprache verrät etwas über ihren Populismus.

Die Politikwissenschaft weist Sprache für gewöhnlich nur eine nachgeordnete Rolle zu. Wolfgang Bergsdorf schreibt, „dass der Primat der Politik auch für unser Thema gilt, für das Verhältnis von Sprache und Politik“ (Bergsdorf 1991, S. 20). Indes gibt die Linguistik der Sprache den Vorrang, unterscheidet aber gleichwohl zwischen Politik und politischer Sprache: „Ausgangspunkt und Legitimationsgrund [...] ist dabei die Annahme, dass Sprachhandeln einen zentralen und konstitutiven Aspekt politischen Handelns darstellt, wenngleich politisches Handeln nicht im Sprachhandeln aufgeht“ (Spieß 2011, S. 155).

Dabei wird die öffentliche Debatte über Sprache und Populismus vor allem durch die Vertreter der Politolinguistik geprägt (vgl. Diener 2016; Winkelmann 2016; Wilhelm 2017; Mast 2018; Pappert 2018; Biazza 2019). Die Politolinguistik versteht sich als Teilgebiet der germanistischen Linguistik. Sie ist als solches jung, ihr Name entstammt einem Aufsatz von Armin Burkhardt (1996). Sie verortet sich an der Schnittstelle zwischen Politik- und Sprachwissenschaft (vgl. Burkhardt 1996, S. 75). Zwar könnten einige politologische Arbeiten ohne Weiteres dem Feld zugerechnet werden (vgl. Patzelt 1990; Opp de Hipt und Latniak 1991; Patzelt 1991; Lewandowsky 2014; Poier et al. 2017; Heidenreich 2018), sie verstehen sich aber nicht so. Auch in den Kommunikationswissenschaften sind vergleichbare Ansätze vorhanden (vgl. Aalberg et al. 2017). Grundlage ist ein weites Verständnis von Sprache: „Sprache drückt Gedanken nicht nur aus. Vielmehr prägen die Begriffe, die sie bereitstellt, auch ihrerseits das Denken“ (Patzelt 1991, S. 156).

Vor allem Äußerungen der AfD entfachten eine öffentliche Auseinandersetzung mit der Sprache der Populisten. Am 16. Mai 2018, in der ersten Generaldebatte zum Bundeshaushalt 2018, sagt Alice Weidel, Fraktionsvorsitzende der Bundestagsfraktion „Alternative für Deutschland“: „Burkas, Kopftuchmädchen, alimentierte Messermänner und sonstige Taugenichtse werden unseren Wohlstand, das Wirtschaftswachstum und vor allem den Sozialstaat nicht sichern“ (19. Deutscher Bundestag 2018a, S. 2972), wofür sie von Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble später ge-

rügt wird¹. Nur wenige Monate danach, während der ersten Generalaus-sprache zum Bundeshaushalt 2019, attackiert Alexander Gauland die Bundesregierung scharf für ihre Migrationspolitik. Dabei bezieht er sich vor allem auf eine Gewalttat in Chemnitz wenige Tage zuvor. In einer angeschlossenen Kurzintervention diskutiert Martin Schulz von der SPD den Sprachgebrauch der AfD: „Die Reduzierung komplexer politischer Sachverhalte auf ein einziges Thema, in der Regel bezogen auf eine Minderheit im Land, ist ein tradiertes Mittel des Faschismus. [...] es ist Zeit, dass die Demokraten in diesem Lande sich gegen diese Art der rhetorischen Aufrüstung [...] wehren. [...] Eindimensionalität, die Reduzierung komplexer Strukturen im 21. Jahrhundert, die Reduzierung auf ein einziges Thema, ist ein Stilmittel, das bekannt ist“ (19. Deutscher Bundestag 2018c, S. 5038).

Bereits hier offenbaren sich Herausforderungen für eine Debatte über populistische Sprache. Erstens muss diese sauber zwischen den Phänomenen trennen: Was ist populistisch, was ist rechts, was ist faschistisch? Zweitens muss sie deren Verhältnis zur Demokratie mitbedenken.

In den Worten von Schulz klingt an: Sprache wird in den Händen der Populisten zur Waffe und ist ein Geheimnis ihres Erfolgs. Demzufolge gehen Populisten besonders geschickt mit Sprache um, diese ist eine besondere Zutat im Erfolgsrezept der Populisten. Indem er die Rhetorik der AfD in die Nähe des Faschismus rückt, unterstellt er auch ein demokratiegefährdendes Potenzial. „Der Verderb der Sprache ist der Verderb des Menschen“ schrieb Dolf Sternberger (1957, S. 7) im Vorwort zum „Wörterbuch des Unmenschen“ (vgl. auch Klemperer 1947).

Um das Wesen und die Bedeutung der Sprache der Populisten zu erkunden, fragt diese Studie:

Wie sprechen Populisten?

Dazu greift diese Arbeit auf Erkenntnisse aus der Linguistik zurück und stellt einen systematischen Vergleich an: Sie vergleicht den Sprachgebrauch einer linken und einer rechten populistischen Partei untereinander und mit dem Sprachgebrauch nicht-populistischer Parteien, um das genuin Populistische in der Sprache herauszuarbeiten.

- a. *Wie sprechen die beiden populistischen Parteien – AfD und Die Linke – im Vergleich zu den anderen Parteien?*

1 Die Rüge erfolgt wegen der Diskriminierung kopftuchtragender Frauen, die hier in eine Reihe mit Straftätern gestellt werden.

Große Teile der Forschung sprechen Populismus demokratiegefährdendes Potenzial zu, manche rücken ihn gar in die Nähe des Extremismus (vgl. Moffitt 2020, S. 2ff.; vgl. auch Januschek 2014, 61f.). Die Studie will daher die Demokratiekompatibilität der Merkmale populistischer Sprache prüfen.

b. *Inwiefern stellt die Sprache der Populisten eine Herausforderung für die liberale Demokratie dar?*

Sprache fristet bislang eher ein Nischendasein in der politikwissenschaftlichen Populismusforschung. Zurecht? Diese Arbeit möchte ihre Ergebnisse kritisch und ausführlich in die bestehende Literatur integrieren und fragt daher:

c. *Wie lernen wir aus der Sprache der Populisten über Populismus und wie lassen sich die Ergebnisse in die bestehende Literatur einordnen?*

Nicht zuletzt geht es auch um politpraktische Erkenntnisse. Es gibt inzwischen kein deutsches Parlament ohne Populisten mehr – wie mit ihnen umgehen? Können die anderen Parteien vielleicht auch von ihnen lernen? Oder kann man ihre Sprache gar „entzaubern“, die Populisten „enttarnen“? Diese Studie möchte Erkenntnisse für die politische Praxis gewinnen und schließt daher die Frage an:

d. *Was bedeuten die Erkenntnisse über die Sprache der Populisten für den Umgang mit Populisten?*

Die Arbeit betritt damit Neuland und soll die eher parteienzentrierte Populismusforschung komplementieren sowie unser Verständnis von politischer Sprache vertiefen. Damit ist sie an der Schnittstelle zwischen Politolinguistik, Parteien- und Populismusforschung angesiedelt. Sie nähert sich der Sprache der Populisten von politikwissenschaftlicher Seite, versteht sich aber auch als politolinguistische Arbeit. Als Fallbeispiele dienen die Parteien des 19. Deutschen Bundestags.

Zusammenfassend lassen sich folgende Forschungsaufgaben ableiten:

- Darstellung der Bedeutung von Sprache für Politik
- Formulierung eines im Begriff „Parteisprache“ kulminierenden theoretischen Konzepts, das basierend auf den Erkenntnissen und Methoden der Politolinguistik eine Grundlage für die vergleichende Untersuchung des Sprechens von Parteien bietet
- Entwicklung eines auf hermeneutischen, inhaltsanalytischen und politolinguistischen Erkenntnissen basierten methodischen Konzepts zur vergleichenden Untersuchung von Sprachgebrauch von Parteien
- Durchführung einer vergleichenden Analyse mehrerer Parteien, darunter populistische und nicht-populistische, einerseits zur Beantwortung

der Fragestellung, andererseits zur Erprobung der theoretischen und methodischen Überlegungen

- Vergleich der Ergebnisse, um Unterschiede und Gemeinsamkeiten – die Merkmale der Sprache der Populisten – herauszuarbeiten
- Prüfung der Sprache der Populisten auf Kompatibilität mit Demokratie

1.2 Forschungsstand

Ohne von Populismus zu sprechen, lassen sich die aktuelle Parteienlandschaft und Ereignisse wie die Wahl von Donald Trump oder der Brexit kaum erklären. Das zeigen sowohl die mediale Berichterstattung als auch die politikwissenschaftliche Auseinandersetzung mit diesen Themen (vgl. stellvertretend für viele Moffitt 2016). Spätestens seit den 1980er Jahren steht die Politikwissenschaft vor dieser Herausforderung: Einige Parteien und Politiker, zum Beispiel der französische Front National, die italienische Lega Nord oder die Freiheitliche Partei Österreichs, passen nicht in die vorhandenen Kategorien und Modelle. Sie zeigen eine verblüffende programmatische Wandlungsfähigkeit und scheinen in ihrer inhaltlichen Ausrichtung vor allem reaktiv zu sein (vgl. Poier et al. 2017). Inzwischen hat sich für dieses Phänomen die Bezeichnung „populistisch“ durchgesetzt. Sie ist der Versuch, jene neuen Parteien zu beschreiben, die durch die existierenden Theorien nicht oder zumindest nicht vollständig erklärt werden können. Die Politikwissenschaft streitet jedoch heute genauso wie vor 50 Jahren (vgl. Ionescu und Gellner 1969) über die Kernfragen des Felds: 1) Was ist Populismus? 2) Was begründet seinen Erfolg? 3) Wie verändert er die politische Landschaft? 4) Ist er eine Gefahr für die Demokratie?

Die Schwierigkeiten der Populismusforschung mögen auch in den konzeptuellen Streitigkeiten um den Populismusbegriff begründet sein. Die Diskussion um die richtige Populismus-Definition kann als eigener Teil der Populismusforschung betrachtet werden, zieht sich aber durch das ganze Feld. Die Dominanz dieses Streits ist weder überraschend noch besonders problematisch: Alle sozialwissenschaftlichen Begriffe sind nicht verbindlich definiert – und das erfordert eine Auseinandersetzung. Ein Versuch, Sozialismus, Liberalismus oder Konservatismus zu definieren, sei wahrscheinlich ähnlich schwierig, schrieb die Populismus-Forscherin Margaret Canovan (vgl. Canovan 1981, S. 5). Doch beim Populismusbegriff kommt erschwerend hinzu: Er dient unterschiedlichen Zwecken – 1) als Waffe in der politischen Auseinandersetzung, 2) als Lückenfüller sowie

Garant für Auflage oder Klickzahlen und 3) als wissenschaftlicher Terminus in der Forschung. Zumeist wird er als Oberbegriff für eine besonders „einfache“, „emotionale“ oder gleich als Synonym für fremdenfeindliche Politik gebraucht. Diese Beliebigkeit erschwert die wissenschaftliche Debatte, die dennoch notwendig bleibt. Forderungen einzelner Forscher, den Begriff wegen seiner Uneindeutigkeit nicht mehr zu verwenden (vgl. Roxborough 1984, S. 12, 14, 24), gehen am Problem vorbei. Erstens arbeitet die Politikwissenschaft grundsätzlich mit vielen Begriffen, die im allgemeinen Sprachgebrauch unterschiedlich und vage genutzt werden. Das kann jedoch kein Grund sein, sie aus der wissenschaftlichen Arbeit zu verdrängen. Zweitens zeigt die Komplexität des Phänomens die Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung (vgl. Moffitt 2016, S. 11).

Doch seine unterschiedliche Verwendung erklärt nur teilweise die besondere Schwierigkeit des Populismusbegriffs. Es kursiert auch eine Vielzahl unterschiedlicher Definitionsversuche und Begriffe. Die Komplexität und das Ausmaß der Debatte sind schwindelerregend. Viele Arbeiten meinen das Gleiche, benennen es aber unterschiedlich – oder umgekehrt (vgl. Mudde 2004, 542-563). Dieses Tohuwabohu an Populismusdefinitionen trägt entscheidend zur konzeptuellen Schwäche des Forschungsfelds bei. Es erschwert den Zugang und trübt den Blick für Gemeinsamkeiten.

Die Versuche, Populismus zu definieren, gruppiert Benjamin Moffitt in vier Strömungen (vgl. Moffitt 2016, S. 17ff.). Populismus wird eine 1) Ideologie, 2) Strategie, 3) ein Diskurs bzw. Stil oder 4) Logik des Politischen genannt. Die Karriere des Populismusbegriffs nachzuzeichnen oder die historische Entwicklung der einzelnen Ansätze aufzuzeigen, ist an dieser Stelle nicht notwendig (vgl. Taggart 2000; Houwen 2011). Für einen guten und aktuellen Überblick über die vier Definitionsweisen empfiehlt sich Moffitt (vgl. Moffitt 2016; vgl. auch Moffitt 2020). Er konstatiert auch die große Ähnlichkeit zwischen den verschiedenen Herangehensweisen: das Volk als homogen verstandener Akteur, die Eliten und häufig eine weitere Gruppe als klares Feindbild, zudem die Betonung eines besonderen Auftretens, ausgerichtet auf Skandal und Provokation. Das führt zu Einigkeit in einer wesentlichen Frage – wer nun Populist und wer kein Populist sei. Denn darin stimmen die Vertreter der unterschiedlichen Ansätze zumeist überein (vgl. Moffitt 2016, S. 42).

Die Auseinandersetzung um Begrifflichkeiten hat die Disziplin lange gelähmt. Obwohl um das wesentliche Merkmal von Populismus – einem Konflikt zwischen einem guten Volk und bösen Eliten – kaum Streit bestand, wurde um die richtige Bezeichnung gerungen. In den letzten Jahren überwogen die Bemühungen zwischen den verschiedenen „Populismusbe-

griffen“ Brücken zu bauen (vgl. Kaltwasser et al. 2017b). So fasst Cas Mudde unterschiedliche Definitionsversuche als „ideational“ zusammen: „My specific definition of populism is just one of many very similar definitions within the broader ideational approach, which considers populism essentially as a set of ideas — whether or not they constitute an ideology or ‘only’ a discourse or style is of secondary importance“ (Mudde 2017, S. 47).

In den einschlägigen „Standardwerken“ der Populismusforschung (vgl. vor allem Mudde 2007; Decker 2004; vgl. auch Moffitt 2016; Kaltwasser et al. 2017b) kommt die Sprache der Populisten entweder nicht oder nur auf wenigen Seiten vor. Teile der Forschung unterstellen der Sprache der Populisten zwar Bedeutung (vgl. Betz und Johnson 2004, S. 312), können dies aber nicht empirisch unterfüttern. Teilweise genannte Stilmittel (vgl. Decker 2004, S. 35f.; Lewandowsky 2015, S. 122; Decker und Lewandowsky 2017, S. 29f.) sind nicht das Ergebnis eines nachvollziehbaren, systematischen Vergleichs des Sprachgebrauchs von Parteien. Das Nischendasein der Sprache der Populisten innerhalb der Populismusforschung ist umso erstaunlicher, da Populismus teilweise als „Stil“ oder „Diskurs“ verstanden wird und damit begrifflich nah an Sprache ist.

In der Politolinguistik fristet die Sprache der Populisten alles andere als ein Schattendasein. Ihre Populismusforschung lässt sich grob in drei Felder unterteilen: Erstens rückt die Frage nach dem Wesenskern des Populismus – was ist Populismus – und damit verbunden seine demokratische Qualität – in welchem Verhältnis stehen Populismus und liberale Demokratie? – in den Mittelpunkt. Während einige Autoren die Demokratiekompatibilität von Populisten a priori ausschließen (vgl. Janussek 2014; vgl. Wengeler 2019), halten sie andere sogar für grundsätzlich wahrscheinlich (vgl. Niehr 2019b). Zweitens liegt das Augenmerk auf den Strategien und sprachlichen Mitteln des Populismus. Drittens wird die Frage durchdrungen, wie „Populismus“ als wissenschaftliche Kategorie begriffsgeschichtlich zu deuten ist. Knobloch untersucht seine Verwendung als Stigmawort (vgl. Knobloch 2007). Die Überdehnung des Phänomens in der politischen Auseinandersetzung war unter dem Hashtag #schmopolism bereits Gegenstand von Twitter-Debatten. Der Verdacht ist berechtigt, „Populismus“ werde nicht selten undifferenziert als reiner Kampfbegriff zur Ausgrenzung unliebsamer politischer Gegner gebraucht: „Der Populismusvorwurf kann selbst populistisch sein, ein demagogischer Ersatz für Argumente“ (Dahrendorf 2003, S. 156). In der politolinguistischen Forschung kommt diese Perspektive aber bislang zu kurz.

Die Antworten auf die zentralen Fragen der Forschung über die Sprache der Populisten sind vielfältig. Ein Überblick des heterogenen Forschungs-

feldes geben zwei Sammelbände aus der Reihe der Osnabrücker Beiträge zur Sprachtheorie (vgl. Januszek und Reisigl 2014a; Römer und Spieß 2019a). Für Januszek und Reisigl stehen Mittel und Semantiken, die Beziehungen politischer Akteure und Anhänger im Zentrum des Interesses (vgl. Januszek und Reisigl 2014b, S. 10f.); Römer und Spieß fragen, „wie Populismus im öffentlich-politischen Raum in unterschiedlichen Diskursen sprachlich sichtbar wird, welche sprachlichen Strategien für das Handeln populistischer Akteure typisch sind und nicht zuletzt, welche Handlungsziele dabei verfolgt werden“ (Römer und Spieß 2019b, S. 14). Offen bleibt die Frage, ob ein typisch „linker“ Sprachgebrauch existiert: Schließt Martin Reisigl einen solchen nicht aus (Reisigl 2014; vgl. auch Reisigl 2012), hat Populismus für Franz Januszek „systematisch Rechtsextremismus im Gepäck“ (Januszek 2014, S. 61f.). Nach Karin Stögner und Ruth Wodak wäre es indes kurzgegriffen, populistischen Sprachgebrauch allein an den rechtsextremistischen Rand zu verweisen. Sie erhellen zudem, wie antisemitische Ideologeme im rechtspopulistischen Diskurs zu einer strategischen Diffamierung verwendet werden (Stögner und Wodak 2014).

Der mithin unscharf verwendete Terminus „Populismus“ wirft die Frage auf, was aus politolinguistischer Perspektive unter „populistischem Sprachgebrauch“ zu verstehen ist. Die Antworten streuen breit. So finden sich Charakterisierungen wie „inhaltsbezogener Modus der politischen Artikulation“ (Reisigl 2012, S. 141), „politischer Diskurs“ (Januszek 2014, S. 61), „rhetorisches Verfahren“ (Wolf 2018, S. 79) oder „rhetorischer Stil“ (Wodak 2015, S. 32). Worin wurzelt die Heterogenität? Die Doppelbedeutung von Populismus – wissenschaftlicher Terminus einerseits, politischer Kampfbegriff andererseits – erschwert es, das Phänomen zu erfassen (vgl. Niehr 2019b, S. 24) und auf seine Verträglichkeit mit demokratischen Verhältnissen zu überprüfen.

So versteht Wodak Populismus als rhetorischen Stil, „der den ‚kleinen Mann und die kleine Frau‘, das Volk, gegen die ‚da oben‘ stellt; eine Rhetorik, die sich an das Volk wendet und vorgibt, für das Volk zu sprechen“ (Wodak 2015, S. 32). Für sie gilt: „Jeder und jede PolitikerIn ist notwendigerweise populistisch, denn jede und jeder will ja viele ansprechen und für viele sprechen“ (Wodak 2015, S. 32). Daher versteht sie – anders als Reisigl (vgl. Reisigl 2012) und ähnlich der Position Wolfs (vgl. Wolf 2018) – Populismus als inhaltlich leer (vgl. auch Laclau 2007; Mouffe 2018): „Rechts- oder links-populistisch wird eine solche Rhetorik nur dann, wenn sie mit ganz bestimmten Inhalten aufgeladen wird – etwa mit genauen Definitionen, wer nun das ‚echte Volk‘ sein soll, für das eingetreten wird; welche die genauen Ziele sein sollen, die anscheinend dem Volk am Herzen lie-

gen“ (Wodak 2015, S. 32). Im Einklang mit den theoretischen Werken von Mouffe und Laclau schließt ihr Populismuskonzept daher auch die Existenz linkspopulistischer Bewegungen mit ein. Zugleich droht die Gefahr der Begriffsüberdehnung, wenn alle Politiker „notwendigerweise populistisch“ (Wodak 2015, S. 32) sind.

Dem entgegen steht die Position Reisigls, für den Populismus ein inhaltlich definierbares Phänomen ist: „Populismus ist ein inhaltsbezogener Modus der politischen Artikulation [im lateinischen Sinne ist auch Gliederung gemeint] und ein komplexes Syndrom. Er gliedert sich prototypisch nach zwei Antagonismen. [...] Konkreter gesagt besteht der Modus der populistischen Artikulation inhaltlich im affirmativen Bezug auf das zu vertretende Volk und gleichzeitig im Angriff interner und externer Feinde“ (Reisigl 2012, S. 141). Populismus ist für ihn nicht unbedingt an die Oppositionsrolle im politischen Streit gebunden, sondern kann auch von Regierungsparteien vertreten werden. Der weitverbreiteten Annahme, linker Populismus sei inkludierend und rechter Populismus exkludierend (vgl. Priester 2012; Mudde und Rovira Kaltwasser 2013a; Stavrakakis 2017, S. 532; Wengeler 2019), hält er entgegen: „Linkspopulismus verhält sich aufgrund seines reduktionistischen Volksverständnisses nämlich ebenfalls exklusiv, und auch Rechtspopulismus weist da, wo Volk als schichtübergreifende Nation vorgestellt wird, ein inklusives Moment auf, obzwar dieses mit nationsinternem Homogenisierungsdruck und fremdnationaler Ausschließung einhergeht“ (Reisigl 2012, S. 143; vgl. auch Stögner und Wodak 2014, S. 160).

Ist es also – anders als Mouffes Plädoyer für einen linken Populismus nahelegt (vgl. Mouffe 2018) – unmöglich, einem „exkludierenden“ Populismus einen „inkludierenden“ entgegenzusetzen? Wengeler argumentiert grundsätzlich, wenn er den Oberbegriff „Populismus“ für linke und rechte Parteien schon aus normativen Vorüberlegungen ablehnt. Einen positiven Begriff von Linkspopulismus zu etablieren sei angesichts der „momentanen politisch-ideologischen Gemengelage [...] kaum erfolgsversprechend“ (Wengeler 2019, S. 257). Mithin seien die inhaltlichen Differenzen zu groß, so unterschieden sich die politischen Absichten zu stark: Inklusion statt Exklusion, Rationalität statt Irrationalität, humanitär begründete statt menschenfeindlicher Konstruktionen von Gruppen (vgl. Wengeler 2019, S. 256). Doch Wengelers Argumentation bietet Kritikern Angriffsfläche. Wer den Populismusbegriff schon aus normativ-strategischen Gründen auf links nicht anwenden will, liefert Wasser auf die Mühlen der Verschwörungstheoretiker. Ist „Populismus“ nun eine analytische Kategorie oder doch nur eine strategische Waffe, die einige Beobachter aus eben diesen Er-

wägungen heraus auf links nicht, auf rechts aber sehr gerne anwenden? Zweifel nährt auch die Empirie: Wenn sowohl ein Viktor Orban als auch ein Hugo Chavez den „Willen des Volkes“ gegen die „korrupten Eliten“ in Stellung bringen, warum sollen sie nicht beide Populisten heißen dürfen?

Wie bereits der Streifzug durch die Debatten um die Definition von Populismus und seine linke bzw. rechte Ausprägung erhellt, steht in politolinguistischen Studien der Rechtspopulismus im Vordergrund. Einigkeit über die sprachlichen Mittel und Strategien rechtspopulistischer Akteure herrscht indes nicht, wie ein Blick in die verschiedenen Merkmalskataloge zur Charakterisierung rechtspopulistischer Sprache aufzeigt.

Reisigl erkennt zehn „Prinzipien“ rechtspopulistischer Rhetorik, darunter das Mittel der schwarz-weiß-malerischen Freund-Feind-Dichotomisierung und Sündenbockkonstruktion, die Praxis der Komplexitätsreduktion durch drastische, vereinfachende Veranschaulichung, Hypostasierung und Personalisierung, das Muster, „sich kein Blatt vor den Mund zu nehmen“ und „zu reden, wie einem oder einer der Schnabel gewachsen ist“, das Prinzip der abwertenden Beschimpfung der politischen Gegnerinnen und Gegner, die Logik der Froschperspektivierung, der Modus der Suggestion, dass der politische Redner oder die politische Rednerin Sprachrohr des Volkes, „jemand von euch und mit euch und für euch sei“, das Prinzip der pathetischen Dramatisierung und Emotionalisierung, die Praxis der Wiederholung, das Mittel der kalkulierten Ambivalenz und das Prinzip der Erlösungs- bzw. Befreiungsverheißung (vgl. Reisigl 2002, S. 166ff.). Dabei bleibt seine Herleitung der zehn Merkmale im Dunklen. „In rhetorischer Hinsicht sind es vor allem zwei Mittel, ohne die Populismus und populistische Rhetorik [...] nie auskommen: die Synekdoche und der Topos des Volks“ (Reisigl 2012, S. 142). Die Synekdoche, so fährt Reisigl fort, „stellt als semantische Figur des Mitmeinens den zentralen Tropus der Repräsentation, und damit auch der politischen Repräsentation, dar“ (Reisigl 2012, S. 142). Diese populistische Synekdoche sei eine generalisierende Synekdoche, bei der eine Bezeichnung für das Ganze auch für einen Teil davon stehe (vgl. auch Felder 2017, 2018). Der Topos des Volkes, so Reisigl, „und seine Pervertierung zum suggestiven argumentum ad populum sind das zentrale Argumentationsmuster eines jeden Populismus der eine Behauptung oder Forderung begründen oder einen behaupteten politischen Status quo delegitimieren möchte. Auf eine Formel gebracht, besagt dieses Muster: Wenn das Volk etwas Bestimmtes will, wünscht, fordert, benötigt, dann soll das Gewollte, Gewünschte, Geforderte, Benötigte Realität werden“ (Reisigl 2012, S. 142). Bereits hier stellt sich die Frage einer sauberen

inhaltlichen Trennung: Sind der Verweis auf den Willen des Volkes und das Einfordern seiner Realisierung per se populistisch?

Ruth Wodak unterscheidet sechs Merkmale und sechs sprachliche Mittel von Rechtspopulismus (vgl. Wodak 2016, S. 83ff.). Zu Letztgenannten zählt sie manichäische Unterscheidungen, Ad-hominem-Argumente sowie Verallgemeinerungen und ambivalente, verharmlosende und unaufrichtige Entschuldigungen, eine Sündenbockstrategie durch Schuldabschiebung, die Topoi der Geschichte und des Retters zur Konstruktion revisionistischer historischer Narrative, irreale Szenarien zur Konstruktion von Verschwörungstheorien und zu guter Letzt kalkulierte Ambivalenz und Provokation (vgl. Wodak 2016, S. 84). Den Erfolg der dichotomen Rhetorik der Populisten führt sie auf bestehende Ressentiments und Modernisierungsangst zurück (vgl. Wodak 2017).

Januschek betont indes die unterschiedliche Verwendung von Modalpartikeln wie *ja*, *doch*, *denn*, die einen Konsens unterstellen und von Modalverben wie *können*, *wollen*, *sollen*, *müssen*, *mögen*, die je nach Verwendung einen Zwang implizieren (vgl. Januschek 1998, S. 314ff.). Allerdings ist seine Liste als eine erste Annäherung zu verstehen, denn sie beruht auf der schmalen empirischen Basis einer Rede des damaligen FPÖ-Vorsitzenden Jörg Haiders.

Ekkehard Felder nennt kollektive Selbstzuschreibungen zur Bündelung von Individualmeinungen, die Infragestellung institutioneller Rollenausübung durch Distanzierungsmarker, rhetorische Legitimation durch Bezugnahme auf das „Volk“ und die rhetorische Figur des für das Volk sprechenden „Führers“ als Spezifika populistischer Sprache (vgl. Felder 2017). Felder bezeichnet Letzteres als eine Anmaßung, die er aber nicht nur bei Populisten beobachtet. Darunter versteht er „die unberechtigte Inanspruchnahme von Gültigkeitsbedingungen und das Überschreiten von Befugnissen“ (Felder 2017, S. 45) und bezeichnet sie als „aus demokratietheoretischen und -praktischen Gründen abzulehnen“ (Felder 2018, S. 38). Tatsächlich ließe sich mit Reisigl einwenden: Diese Anmaßungen stellen den Modus der Repräsentation dar (vgl. Reisigl 2012, S. 142).

Für Thomas Niehr und Jana Reissen-Kosch sind die Merkmale rechtspopulistischer Sprache ein besonderer Volks- und Elitenbegriff, eine Argumentationsstrategie, die in einfachen Lösungen für komplexe Probleme besteht, die Verwendung historisch belasteter Wörter, die Verwendung spezieller Neologismen, kalkulierte Tabubrüche sowie Verschwörungstheorien (Niehr und Reissen-Kosch 2018).

Eine deduktive Herangehensweise wagt Joachim Scharloth (Scharloth 2017). Er leitet aus der Populismusdefinition von Karin Priester (Priester

2012) Kategorien für eine Analyse ab. Scharloth folgt einer korpuslinguistischen Vorgehensweise. Er betrachtet einen vorher definierten Textkorpus, die Wahlprogramme, und untersucht diese auf quantitative Häufigkeiten von bestimmten Wörtern, Wortgruppen oder -arten. Er zeigt beispielsweise, wie die AfD überdurchschnittlich häufig Wörter der Wortgruppe „Manipulation“ und „Betrug“ verwendet. Seine Arbeit offeriert damit eine deduktive linguistische Operationalisierung des Populismusbegriffs (vgl. Scharloth 2017; ähnlich Rooduijn und Pauwels 2011).

Zuvorderst strategische Aspekte nimmt Alexa Mathias in den Blick (vgl. Mathias 2017, 2018a, 2018b, 2019). Sie verweist auf eine Dehumanisierung durch Tiermetaphern (vgl. Mathias 2017, 2019), spürt den Legitimations- und Abwertungsmustern nach (vgl. Mathias 2018a) und zeigt die Perspektivierung in der rechtspopulistischen Lexik und ihre Verknüpfung mit Argumentation (vgl. Mathias 2018b). Die Politikwissenschaftlerin Astrid Séville untersucht zentrale Deutungsmuster und argumentiert, die rechtspopulistischen Legitimationsnarrative – das Volk müsse sich das Land „zurückholen“ – schüfen einen Zeit- und Handlungsdruck und böten daher einen Nährboden für rechtsextreme Gewalttaten (vgl. Séville 2019). Niehr zeigt wie rechtspopulistische Medienkritik eine Gegenöffentlichkeit aufbaut (vgl. Niehr 2019a) und sich in ihrem moralisierenden, teils verschwörungstheoretischen Vorgehen dabei fundamental von früheren Rufen nach Gegenöffentlichkeit unterscheidet.

Die teils unterschiedlichen Auflistungen sprachlicher Merkmale und Strategien offenbaren eine zentrale Herausforderung der politolinguistischen Populismusforschung: Die Abgrenzung spezifisch populistischer Sprache von „ganz normaler“ politischer Sprache fällt schwammig aus. Einige vermeintliche Merkmale sind wenig trennscharf, was ihre Operationalisierung erschwert. So hebt Wengeler hervor, dass „in der politolinguistischen Literatur immer schon die Konstruktion einer Wir-Gruppe und einer Outgroup sowie die Aufwertung der eigenen und die Abwertung der gegnerischen Position als allgemeine Merkmale politischer Sprache festgehalten“ (Wengeler 2019, S. 255; vgl. auch Grünert 1984) wurden. Auch für andere in der Literatur diskutierte Merkmale ließe sich dieser Einwand erheben. So sind Tabubruch und Provokation gerade in Wahlkämpfen ein probates Mittel aller Parteien. Auch Januschek unterstreicht, dass „es sich als sehr schwierig [erwies], typisch Populistisches unvoreingenommen festzustellen. Denn in sehr vielen Fällen musste man sagen, dass Elemente, die einem auf den ersten Blick als populistisch erschienen, in Reden anderer PolitikerInnen ebenso vorstellbar waren“ (Januschek 1998, S. 314f.). Kurzum: Einige Merkmale populistischer Sprache scheinen exklusiv populis-